

Antrag der Fraktion DIE LINKE**Schuldenfreies Studium durch ein bedarfsdeckendes und elternunabhängiges BAföG ermöglichen**

Der Kreis an Personen, die zur Finanzierung ihres Schulbesuches oder ihres Studiums auf BAföG zurückgreifen können, ist in den vergangenen Jahren immer kleiner geworden. Hauptursache hierfür ist die unzureichende Anpassung der Regelsätze und Freibeträge an Inflation bzw. Gehaltssteigerungen der Eltern. Auch die jüngste Anpassung der BAföG-Sätze im Jahr 2016 gleicht die Inflation der letzten Jahre nicht aus. Bürokratische Hürden bei der Antragsstellung sowie der im Bachelor-/Mastersystem unsinnige Leistungsnachweis nach vier Semestern sind zusätzliche, durch das Gesetz künstlich geschaffene, Gründe, warum Studierende kein BAföG beziehen. Hinzu kommen stark steigende Mieten gerade auch in Bremen, die es ebenfalls immer schwieriger machen, den Lebensunterhalt während des Studiums zu decken. Studierende sind daher zunehmend auf Nebentätigkeiten angewiesen, um ihr Studium zu finanzieren. Die Vergabe von Studienkrediten stagniert hingegen, da offenbar eine große Scheu unter jungen Menschen besteht, ihr Berufsleben mit Schulden zu beginnen.

In den siebziger Jahren ist das BAföG jedoch als Erfolgsmodell gestartet und war ein Motor für den Bildungsaufstieg. BAföG wurde ursprünglich als Vollzuschuss gezahlt und deckte weit höhere Anteile des studentischen Lebensbedarfes als heute. An diesem Modell muss angeknüpft und es muss weiterentwickelt werden, um so eine bedarfsdeckende und elternunabhängige Finanzierung für alle Schülerinnen und Schüler in schulischen Berufsausbildungen sowie allen Studierenden zu ermöglichen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich per Initiative auf Bundesebene für eine bedarfsdeckende und elternunabhängige Ausbildungsförderung in Höhe von monatlich 1050 € mit regelmäßiger Inflationsanpassung einzusetzen.

Miriam Strunge, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE